

Ihr FEDE Info wurde vor dem Versand genau kontrolliert !

Es ist uns immer eine Freude, uns über den Kanal des FEDE Info an Sie zu wenden.

Wir würden den Stift gerne öfters in die Hand nehmen, wenn der Kanton nur nicht entschieden hätte ... uns diesbezüglich einzuschränken.

Denn dieser hat letztes Jahr im September doch tatsächlich entschieden, uns auf drei Publikationen pro Jahr zu beschränken. Zudem müssen diese lange im Voraus angekündigt werden. Eine geradezu ideale Lösung, nicht wahr, wenn es darum geht, über Aktualitäten zu berichten.

Nicht damit zufrieden uns zu beschränken, hat der Staatsrat auch gleich noch seinem Willen Ausdruck verliehen, uns zu kontrollieren. Dieser hofft nämlich – wir zitieren –, dass «der Generalsekretär der FIND oder die stellvertretende Generalsekretärin die Zustellung von Materialien an die Staatsangestellten jedes Mal überprüft.»

Und diese Zeilen haben nun noch mehr Bedeutung: Sie wurden gelesen und angenommen.

Seit über einem Jahr fordern wir vergeblich wieder mehr Spielraum. Wir haben deshalb die vorgängige Überprüfung unseres Versands durch die kantonalen Behörden zum Anlass genommen, den Staatsrat daran zu erinnern, dass wir noch immer auf eine Antwort warten.

Wir sind nämlich der Meinung, dass der Staatsrat seine ganze Aufmerksamkeit auf die beiden Dossiers lenken sollte, von denen im Folgenden die Rede sein wird – anstatt seine Ressourcen damit zu verschwenden, uns zu überwachen.

Pensionskasse: Der Kanton muss sich bezüglich des Personals exemplarisch zeigen

Die PKSPF hat verschiedene Optionen für eine Revision ihres Vorsorgeplans vorgestellt, damit die Finanzierung auch in Zukunft gewährleistet ist. Die FEDE erwartet vom Kanton, dass dieser die Situation umgehend und mit grosser Sorgfalt prüft und damit seine Verantwortung gegenüber seinem Personal wahrnimmt.

Die FEDE und ihre Mitgliedverbände waren auf weitere Probleme bei der Pensionskasse der Staatsangestellten von Freiburg vorbereitet gewesen. Dennoch hat die Höhe der auf dem Spiel stehenden Beträge für Stirnrundeln gesorgt: Sage und schreibe zusätzliche 1,8 Milliarden Franken müssen in die Pensionskasse einfließen, um die Leistungen auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten. Diese Neuigkeit ist um so frappierender, als das Personal bereits vor Kurzem Beitragserhöhungen genehmigt hat.

Die Präsentation durch die Pensionskasse hat keinen Zweifel daran gelassen, dass sich die Leistungen für das Personal in Zukunft verschlechtern werden. Es liegt nun am Kanton, mit gutem Beispiel voranzugehen, um den Schaden zu begrenzen. Der Staat muss die Pensionskasse rekapitalisieren, und wir erwarten von ihm, dass er seine Verantwortlichkeiten wahrnimmt.

Die FEDE nimmt zur Kenntnis, dass die Pensionskasse angesichts einer verringerten Leistungserwartung, einer höheren Lebenserwartung, einer

Verschlechterung des Verhältnisses Aktive-Rentner sowie der bestehenden rechtlichen Einschränkungen keine Wahl hatte: Der Vorsorgeplan musste revidiert werden. Auch ein Primatwechsel musste evaluiert werden. Ein Beitragsprimat geht hingegen zulasten der Mitarbeitenden, so viel steht schon einmal fest. Eine Rentenverringerung ist nur schwerlich zu vermeiden.

Die Generation der 40-50-Jährigen ist davon noch stärker betroffen – diese könnten in Extremfällen Einbussen von bis zu 30 % einstecken. Im gegenwärtigen System bezahlen die Mitarbeitenden «zu viel», wenn sie jung sind, und dieses «Zuviel» wird dann später in ihrer Laufbahn ausgeglichen. Ein Primatwechsel würde dieses Gleichgewicht jedoch aus dem Lot bringen und ein weiteres Ungleichgewicht erschaffen. Es kommt nicht in Frage, dass eine ganze Generation geopfert wird.

Ein Primatwechsel kann daher nur akzeptiert werden, wenn gangbare Lösungen für alle Kategorien gefunden werden, und nur eine exemplarische Rolle des Staates gegenüber seinem Personal kann dies sicherstellen. Der Staat muss hier investieren, ohne mit der Wimper zu zucken. Es muss in dieser Zusammenfassung auch daran erinnert werden, dass der Freiburger Staat im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen seine Pensionskasse bisher noch nie rekapitalisieren musste.

Angesichts der Komplexität des Dossiers ist die Planungsphase bei einer Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2020 viel zu knapp bemessen. Der Staat muss sich diesem Dossier umgehend annehmen, ohne es jedoch auf die Schnelle abzuhaken. Eine überstürzte Vorgehensweise wäre in diesem Fall ein grosser Fehler.

Die nächsten Wahlen finden erst im November 2021 statt!

Freiburger Spital

Die Vorschläge des Staatsrats zum Status des Personals gehen baden.

Mit seinem Entscheid, dem Grossen Rat die Möglichkeit zu gewähren, das Pflegepersonal zugunsten eines neuen, sehr vagen staatlichen Status aus dem StPG auszunehmen oder, noch schlimmer, durch einen Gesamtarbeitsvertrag zu ersetzen, hat sich der Staatsrat Anfang Mai entschieden, ein listiges Manöver durchzuführen und die wichtigen Entscheidungen dem Grossen Rat zu überlassen. Dieser hat sich aber geweigert, auf die Frage des StPG einzugehen, indem er die Debatte vertagte. Der gesunde Menschenverstand hat sich hier durchgesetzt, denn heute ist das Dossier zur Professionalisierung des Verwaltungsrates des HFR viel dringlicher.

Der Staatsrat dachte wohl, geschickt manövriert zu haben. In einer Medienkonferenz, in der er sich in corpore zeigte, kündigte er zuerst an, dass er sich um die wahren Probleme des Spitals, den Management- und Finanzbereich, kümmern würde. Doch statt sich damit zufrieden zu geben, erst einmal Ordnung im Haus zu schaffen, hielt er weiter am Vorschlag über einen Austritt des Personals aus dem StPG fest. Das Büro des Grossen Rates hat in der Mai-Session mit seiner Weigerung, auf den Vorschlag bezüglich des Personals einzutreten, grosse Weitsicht bewiesen.

Erste Wegleitung

Heute hat sich das Blatt gewendet. Im Anschluss an den Prüfungsberichts zur Leitung des HFR hat der Staatsrat einen Gesetzesentwurf zur Professionalisierung der Führungsstruktur der Einrichtung in die Vernehmlassung geschickt.

Wer anderen eine Grube gräbt ... fällt am Ende selbst hinein. Während dieser zwei Jahre war der Verwaltungsrat stets bemüht, dem Personal die Schuld in die

Schuhe zu schieben, um damit seine eigenen Fehler zu vertuschen. Der berüchtigte Bericht von 2015, der in den Schubladen des Staatsrats drei Jahre lang auf Eis lag, entstammt der Feder des Verwaltungsrates. Zu keinem Zeitpunkt waren das Personal und die Personalverbände für die Verfassung dieses Berichts konsultiert worden.

Kurz gesagt beruhte dieser Bericht im Grunde alleine auf der Absicht des Verwaltungsrates, seine eigenen Fehler durch Ankreiden des Personals zu vertuschen. Es ging diesem im genannten Bericht schlicht und einfach darum zu zeigen, dass das Personal zu viel kostete. Wie so oft in solchen Fällen wurden zur Stützung dieser Behauptung einfach nur jene Zahlen herangezogen, die gerade ins Bild passten. Wenn man jemanden beschuldigen will, findet man schliesslich immer einen Vorwand.

Doch niemand im Kanton liess sich davon täuschen. Der Grosse Rat hat dies mit seiner Weigerung, auf den Austritt aus dem StPG und somit den Vorschlag des Verwaltungsrat des HFR einzutreten, nur bestätigt.

Zweite Wegleitung

Der Staatsrat hat bei diesem Dossier die eigens von ihm in Zusammenarbeit mit seinen Sozialpartnern festgelegten Abläufe nicht respektiert. Das Prinzip ist eigentlich ganz einfach: Die Sozialpartner müssen ihre Meinung abgeben können, bevor eine Entscheidung getroffen wird. In diesem Falle wurden die Sozialpartner hingegen vor vollendete Tatsachen gestellt, denn sie wurden erst eingeladen, als über die Pläne des Staatsrats informiert wurde.

Während des letzten Jahrzehnts hat der Kanton Freiburg immer angemessene Lösungen gefunden, wenn er mit seinem Personal zusammenarbeitete. Bei diesem Dossier musste er aber geradezu dazu

gedrängt werden, die Forderungen des Personals anzuhören.

Die von den Verbänden und Gewerkschaften unternommenen Anstrengungen tragen jedoch Früchte. Der Grosse Rat hat das Personal schliesslich angehört, nachdem dieses klar gemacht hatte, dass es nicht so einfach übergangen werden kann. Besser spät als nie.

Dieser Erfolg war nur dank der Arbeit von Parlamentsabgeordneten möglich und zeigt einmal mehr, dass abgestimmte und gemeinsame Aktionen zum Erfolg führen können.

Die FEDE bedankt sich bei allen Akteuren, die dazu beigetragen haben.

Und nun?

Die Arbeit hat für die Mitgliedverbände und die FEDE erst gerade begonnen. Nach wie vor stehen wichtige Entscheide an, um die Zukunft des HFR zu sichern. Wir bleiben wachsam und verfolgen die parlamentarische Arbeit.

Und wir müssen nun unsererseits umgehend die Arbeit mit der Geschäftsleitung aufnehmen, um uns als aktive Partei für die Verbesserung des Funktionierens der Einrichtung zu etablieren.

Die Mitgliedverbände und die FEDE haben ihren Standpunkt klar gemacht: Sie sind bereit, sich mit dem Verwaltungsrat des HFR und dem Staatsrat an den Tisch zu setzen, aber nur im Rahmen des StPG.

Bernard Fragnière, Präsident der FEDE